

TOP 44:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die städtische Dimension der EU-Politikfelder - Kernpunkte einer EU-Städteagenda

COM(2014) 490 final

Drucksache: 327/14

Mit der Mitteilung leitet die Kommission eine Konsultation ein, durch die geklärt werden soll, ob eine EU-Städteagenda nötig ist, welche Ziele diese verfolgen sollte und wie sie funktionieren könnte. Adressaten sind insbesondere Interessenträger sowie zuständige Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Die Mitteilung wurde auch den nationalen Parlamenten zugeleitet.

Hintergrund ist die wachsende Bedeutung der Städte in der EU und ihre Rolle bei der Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020. Aus Sicht der Kommission ist eine bessere Abstimmung der unterschiedlichen sektoralen EU-Politikfelder erforderlich, die sich auf Städte beziehen und in Städten umgesetzt werden. Gleichzeitig soll in den fragmentierten Politikfeldern auf europäischer Ebene die Stimme der Städte und Gemeinden besser angehört und berücksichtigt werden (z. B. durch Folgeneinschätzungen). Schließlich soll eine Städteagenda auch auf eine bessere Mehrebenenkooperation (multi-level-governance) zielen. Die Kommission weist darauf hin, dass eine europäische Agenda mit den nationalen Städtepolitiken abgestimmt sein muss. Ausdrücklich wird auf das Subsidiaritätsprinzip hingewiesen sowie auf die Ablehnung neuer Rechtsvorschriften.

Die Kommission stellt in ihrer Mitteilung die Herausforderungen einer stark urbanisierten EU dar, gibt einen Überblick über Stadtpolitik auf den verschiedenen Ebenen - von der nationalen Städtepolitik in ihrer Vielfalt, der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in der Stadtentwicklung mit dem zentralen Dokument der Leipzig-Charta bis zur städtischen Dimension der EU-Strukturpolitik - und erläutert die gegenwärtige Debatte um eine Aufwertung der städtischen Fragen in der EU-Politik. Außerdem erwähnt die Mitteilung die globale Dimension der Stadtentwicklung vor dem Hintergrund der Konferenz Habitat III. Die Mitteilung trifft keine konkreten Aussagen zu einer möglichen inhaltlichen und instrumentellen

Ausgestaltung einer städtischen Agenda und stellt lediglich unterschiedliche generelle Optionen zur Diskussion. Die Kommission weist darauf hin, dass es bereits zahlreiche Ansätze zum Erfahrungsaustausch, z. B. im Rahmen von URBACT, und zur Behandlung europäischer Stadtentwicklungsthemen im Rahmen der mitgliedstaatlichen Kooperation gibt, an die eine europäische Agenda anknüpfen kann.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 327/1/14** ersichtlich.